

Soziale Wohnraumversorgung der Stadt Leipzig

Stand: 11/2025



Gliederung



Vortrag I

- 1. Allgemeines (Für wen sind wir da?)
- 2. Wohnberechtigungsschein (WBS)
- Sozialwohnungen
- 4. Wohnraumversorgungskonzept des Sozialamtes
- 5. Sozialreport

Vortrag II

- 1. Mietvertragsformen im Überblick
- Mietrechtsverletzungen am Fallbeispiel (fehlerhafte Eigenbedarfskündigung, Mietpreisüberhöhung)
- 3. Trägerwohnen

Vortrag I

1. Allgemeines

Vermittlung in Wohnraum

Soziale Wohnraumversorgung der Stadt Leipzig

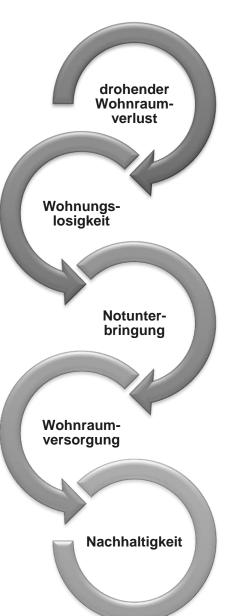
wohnungssuchender Haushalt

Fachstelle Wohnungsnotfallhilfe - Handlungsfelder



Notversorgung Krisenintervention soziale Betreuung und Beratungsangebote

Notversorgung Krisenintervention Unterstützung bei der Wohnraumsuche



Prävention
Soziale Betreuung nach §§ 67 ff
SGB XII sowie
Hilfen nach §§ 22 Abs. 8 SGB II
oder 36 Abs. 1 SGB XII

Notversorgung Krisenintervention ordnungsrechtliche Unterbringung

Nachsorge Hilfen nach §§ 67 ff SGB XII

Konkrete Angebote - Wohnungsnotfallhilfe



Sachgebiet Wohnungsnotfallhilfe Prager Straße 21, 04103 Leipzig, 4. Etage soziale.wohnhilfen@leipzig.de

Dienstag 09.00 bis 12.00 und 13.00 bis 18.00 Uhr Donnerstag 09.00 bis 12.00 und 13.00 bis 16.00 Uhr

Wirtschaftliche Wohnhilfen Frau Kirchberg (0341 1234060)

Sozialdienst Frau Lässig (0341 1234037)

Miet- und Energieschuldübernahmen gemäß § 22 Abs. 8 SGB II und § 36 Abs. 1 SGB XII

Ambulant Betreutes Wohnen nach §§ 67 ff SGB Soziale Beratung und Unterstützung zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit gemäß §§ 67 ff SGB XII

Soziale Beratung und Unterstützung Wohnungsloser

2. Wohnberechtigungsschein



Ausweisdokumente

- Personalausweis
- Aufenthaltsnachweise
- Geburtsurkunden der Kinder

Einkommensnachweise

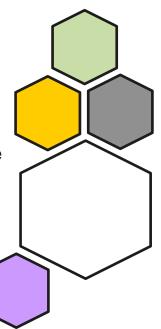
- Gehaltsnachweise der letzten 12 Monate
- Leistungsbescheide nach SGB II oder SGB XII
- Unterhaltsnachweise

Sonstige Nachweise

- Schwerbehindertenausweis
- Mutterpass

Voraussetzungen

- Aufenthalt mind. 1 Jahr ab Erteilung
- Einkommen innerhalb der Einkommensgrenzen
- rechtl. und tatsächlich in der Lage eine Wohnung zu unterhalten

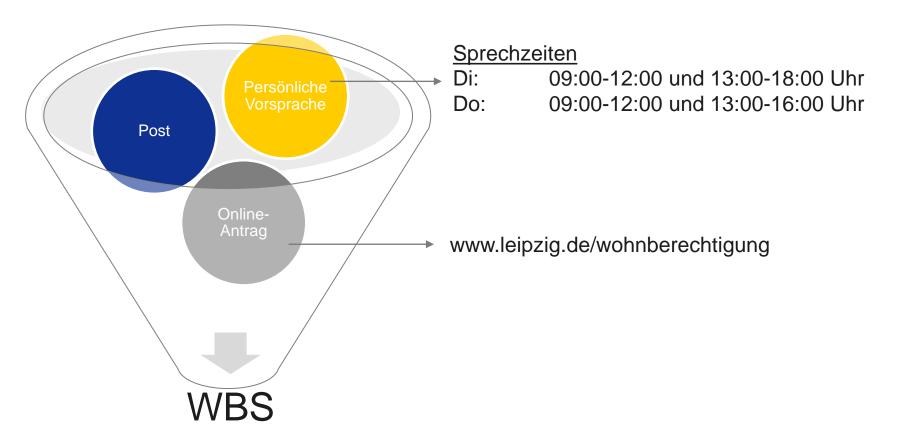


Wohnflächenhöchstgrenzen

Wohnraummehrbedarfe können durch einen Nachweis bei der Antragstellung geltend gemacht werden.

Antragstellung Wohnberechtigungsschein



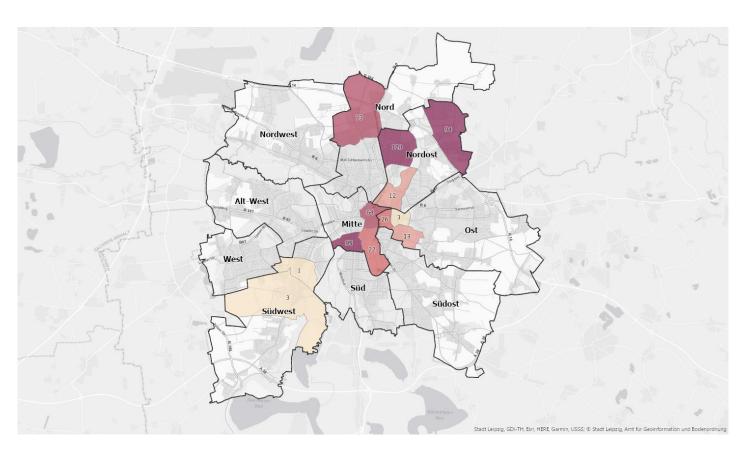


3. Sozialwohnungen



- bezugsfertige Wohnungen im Jahr 2025 -

Neubau 372 Sanierung 12



Robert-Schumann-Straße (Mitte)





56 Wohnungen

5-Personenhaushalte
4-Personenhaushalte
3-Personenhaushalte
1-Personenhaushalte

Leipziger Wohnungs-und Baugesellschaft (LWB)

Bezugsfertigkeit geplant: 01.09.2025

Dösner Weg (Zentrum-Südost)





22 Wohnungen

22 1- Personenhaushalte

skizzierte Ansicht Wohngebäude Dösner Weg

BUWOG-Bauen und Wohnen Leipzig GmbH

Bezugsfertigkeit geplant: 31.10.2025



skizzierte Ansicht Wohngebäude Dösner Weg

Samuel-Lampel-Straße (Nordost)





100 Wohnungen

14	6-Personenhaushalte
27	5-Personenhaushalte
19	4-Personenhaushalte
12	3-Personenhaushalte
21	2-Personenhaushalte
7	1-Personenhaushalte

Visualisierung Entwurf Bietergemeinschaft W&V /mbpk

Leipziger Wohnungsund Baugesellschaft (LWB)

Bezugsfertigkeit geplant: 01.11.2025



Shakespearestraße (Süd)





37 Wohnungen

5-Personenhaushalte
4-Personenhaushalte
3-Personenhaushalte
2-Personenhaushalte

Leipziger Wohnungsund Baugesellschaft (LWB)

Bezugsfertigkeit geplant: 31.08.2025



Martinshöhe (Nord) – ab 2026





73 Wohnungen

6-Personenhaushalte
5-Personenhaushalte
4-Personenhaushalte
3-Personenhaushalte
2-Personenhaushalte
1-Personenhaushalte

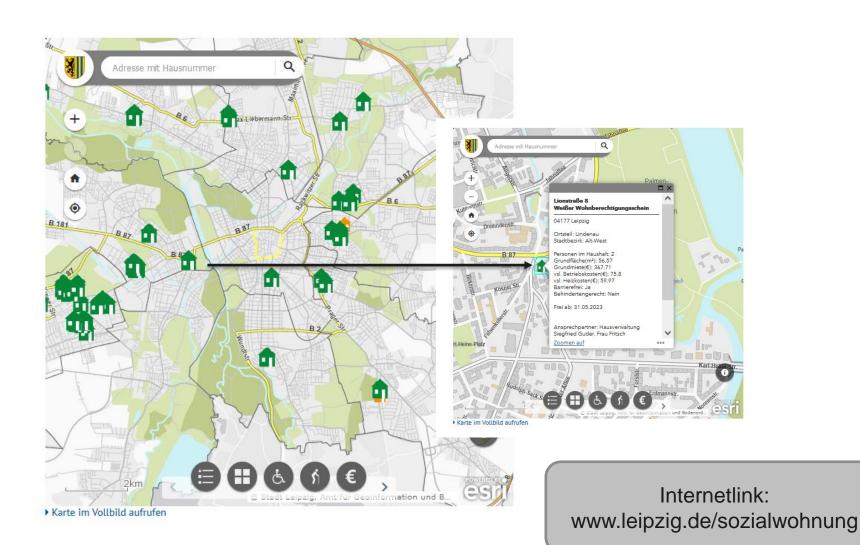
Wohnpark Flößenstraße OHG

Bezugsfertigkeit geplant: 01.01.2026



Wie finde ich eine Sozialwohnung und wer vermietet diese?





Stadt Leipzig - Soziale Wohnraumversorgung und ausgewählte Fragen zum Mietrecht

4. Wohnraumversorgungskonzept des Sozialamtes



Haushalte <u>mit</u> Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS)

Haushalte
ohne
Anspruch auf
einen WBS

Haushalte <u>ohne</u> Anspruch von Bürgergeld bzw. Grundsicherung im Alter Haushalte <u>mit</u> Anspruch von Bürgergeld bzw. Grundsicherung im Alter

Haushalte mit sozialen Schwierigkeiten

Meldung von wohnungssuchenden Haushalten und Wohnungsmeldungen gem. Kooperationsvereinbarung LWB sowie Vonovia

fehlende Voraussetzung nach § 27 WoFG, z. B. fehlender Aufenthalt

Schaffung von Sozialwohnungen

Haushalte mit sozialen Schwierigkeiten



Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit Bedrohte

Kinderreiche Familien

Psychische Auffälligkeiten/ Diagnosen

Haftentlassene

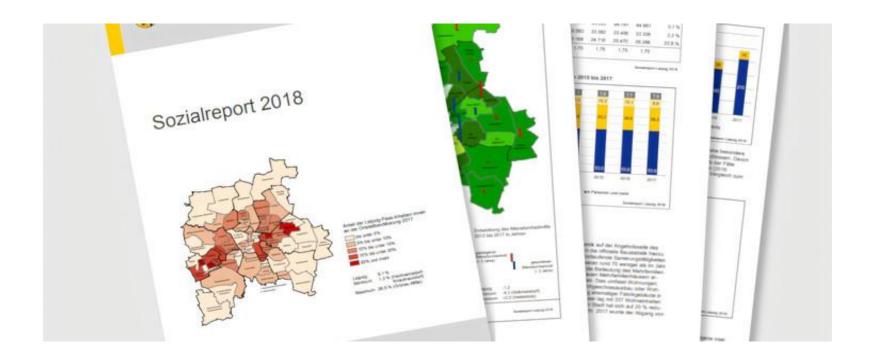
Haushalte mit Migrations-hintergrund

Personen mit Suchtvergangenheit

sonstige

5. Sozialreport





https://www.leipzig.de/buergerservice-undverwaltung/stadtverwaltung/publikationen-und-veroeffentlichungen/sozialreport

Vortrag II



Ausgewählte Fragen des Mietrechts

Franziska Seifert Leiterin Sachgebiet Wohnen

Ausgewählte Mietverträge (Wohnraum)



"Die Mietsache ist in einem vertragsgemäßen Zustand zu überlassen und während der Mietzeit zu erhalten."

- Mietvertrag (Vergleichsmietensystem)
- Indexmietvertrag
- Staffelmietvertrag
- Befristeter Mietvertrag
- Verstöße (Bsp. Eigenbedarf; Mietpreisüberhöhung und Mietwucher)
- Mietvertrag nach § 549 Abs. 2 Nr. 3 BGB (Trägerwohnen)
- Wohnraum im Studenten- oder Jugendwohnheim

Mietvertrag (im Vergleichsmietensystem)



Börstinghaus: "Die Geschichte des Miethöherechts in den letzten gut einhundert Jahren ähnelt in weiten Phasen der Quadratur des Kreises."

- Der Markt hat an Vertragsfreiheit gewonnen.
- Dabei wurde dem Markt eher misstraut, als dass ihm die Lösung der Probleme zugetraut wurde.

"So viele Beschränkungen wie möglich und so viel Freiheit wie nötig."

Kappungsgrenze, Befristung, Modernisierung,
Mietanpassung nach ortsüblicher Vergleichsmiete,
Neuvertragsmiete (Mietpreisbremse), Untermiete,
Mindestmietdauer, Betriebskosten, Heizkosten, Pauschale,
Kündigung, fristlose Kündigung, Herausgabe usw.

Indexmietvertrag



- Beachtung der Mietpreisbremse bei Neuvertragsmiete.
- Erhöhung muss angekündigt werden, ist aber nicht zustimmungspflichtig
- Verbraucherpreisindex ist heranzuziehen <u>www.destatis.de</u>
- Formel ((neuer Index : alter Index) x 100) 100) = Prozentsatz der Erhöhung
- Modernisierungsmieterhöhung nur, wenn Maßnahmen auf nachträglichen behördlichen oder gesetzlichen Anordnungen beruhen, z. B.:
 - der Einbau von Rauchwarnmeldern, Thermostatventilen, Steuerungs- u. Regelungstechnik
 - Änderung von Freileitungen in Erdleitungen
 - Schaffung von Ladestationen
 - Denkmalschutz, u.a.

Nicht: barrierefreier Umbau (Schmidt-Futterer, 15. Auflage 557b Rdnr. 40)

Staffelmietvertrag



Bei jeder Staffel ist die Mietpreisbremse anzuwenden. Staffeln sind in der Regel im Mietvertrag festgeschrieben, müssen aber vorher durch den Vermieter auf ortsübliches Niveau geprüft werden.

Jede neue Staffel: ortsübliche Vergleichsmiete plus 10 %

Vorteile Mieter	Nachteile Mieter
Mietbelastung langfristig kalkulierbar	Miete kann über ortsüblicher Vergleichsmiete liegen, die Kappungsgrenze gilt nicht
Mieterhöhungen nach 559 sind ausgeschlossen, auch bei Pflicht zur Modernisierung des Vermieters	Unterlassen von Modernisierungen

Befristeter Mietvertrag



- § 575 BGB Zeitmietvertrag, zulässig bei Eigennutzungstatbestand, Modernisierungstatbestand, Betriebsbedarf (Werkswohnungen)
 - Schriftliche Mitteilungspflicht im Mietvertrag, 3 Monate vor Mietvertragsende Mitteilung ob Grund noch besteht auf Verlangen des Mieters
 - Befristung ohne Grund wirkt als unbefristeter Mietvertrag

- Abgrenzung zu Mietverträgen zum vorübergehenden Gebrauch
- § 549 Abs. 2 Nr. 1 BGB vorübergehender Gebrauch: Zeitkomponente (bis 3 Monate), besonderer Anlass (beidseitiger Wille)

Nicht zu verwechseln mit Mindestmietdauer

Mietpreisgestaltung/ -anpassungen



- Mietanpassung nach Mietspiegel www.leipzig.de/mietspiegel
- Neuvertragsmiete nach Mietpreisbremse www.leipzig.de/mietpreisbremse
- Bedeutung Kappungsgrenzewww.leipzig.de/kappungsgrenze

Verstoß – Was geht, was geht nicht?



- § 5 Wirtschaftsstrafgesetz (20 % über ortsüblicher Vergleichsmiete; konkreter Mietvertrag)
- § 291 StGB: Mietwucher ab 50 % über Ortsüblicher Vergleichsmiete plus Voraussetzung des Individualwuchers
- Vergleichsmiete: fehlende Zustimmung zur Mietanpassung (Klage auf Zustimmung durch Vermieter erforderlich); Anpassung anhand von 3 Vergleichswohnungen
- Rügemöglichkeit des Mieters bei Verstoß gegen die Mietpreisbremse (30 Monate nach Mietvertragsabschluss möglich, zielt auf Auskunftspflicht)
- Eigenbedarfskündigung, Konkretisierung der Kündigung
- Sonderfall: geförderter Wohnungsbau (Ordnungswidrigkeiten; § 52 WoFG, bezieht sich auf Mieten, Mietbestandteile, Überlassungen, Auskunftspflichten)

Eigenbedarfskündigung



Betreff: Kündigung Ihrer Wohnung

Sehr geehrter Mieter,

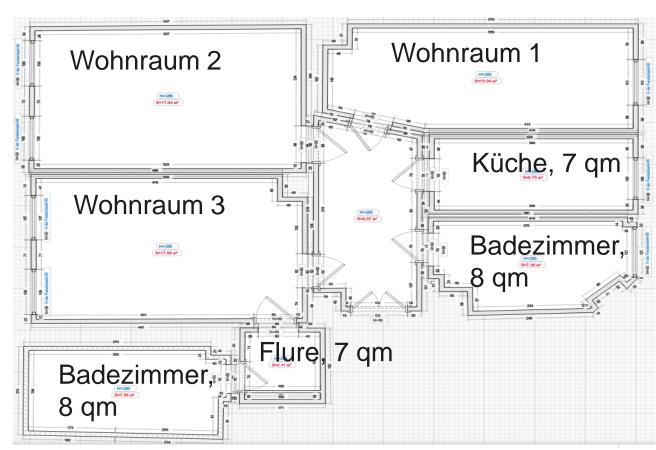
hiermit kündige ich das mit Ihnen bestehende Mietverhältnis wegen Eigenbedarfs. Ich benötige die Wohnung für meinen Sohn.

Mit freundlichen Grüßen Vermieter

- Kündigungsschreiben dient der Information des Mieters, der Mieter muss den Erfolg der Kündigung einschätzen können
- Begünstigende Person muss unverwechselbar benannt werden (z.B. wenn es mehrere Söhne gibt, dann muss eine eindeutige Zuordnung möglich sein, Auswechselung ist grundsätzlich ausgeschlossen)
- Vernünftige Gründe müssen benannt sein, also das Interesse der begünstigenden Person (wegen Eigenbedarf reicht nicht aus)
- Bei eigenem Interesse:Nutzungsinteresse darlegen

Beispiel Mietpreisüberhöhung und Mietwucher www.leipzig.de/mietwucher





Beispiel Wohnraum 2:

Wohnraum: 12 qm Küche 1/3: 2,33 qm

zwei Badezimmer 1/3: 5,3 qm

Flure 1/3: 2,33 qm

Gesamtwohnfläche:

21,96 qm

tatsächlicher Mietpreis pro

Zimmer:

Kaltmiete 280 €

(12,75 € je qm)

Betriebskosten 65 €

Heizkosten 65 €

ortübliche Vergleichsmiete:

6,10 € pro qm (133,96 €)

Überschreitung: 109,02 %

Mietvertrag nach § 549 Abs. 2 Nr. 3 BGB (Trägerwohnen)



- Träger der Wohlfahrtspflege als Zwischenvermieter; Person mit dringendem Wohnraumbedarf als Endmieter
- Träger muss Anforderung des § 52 Abs. 2 Nr. 9 AO erfüllen
- Eine bloße entgeltliche Weitervermietung ohne eine beratende, betreuende oder pflegende Leistung ist nicht privilegiert, 549 Abs. 2 Nr. 3 nicht anwendbar
- Hinweispflicht (Fehlen des Mieterschutzes) spätestens bei Vertragsabschluss auszuüben; die Beweislast trägt der Vermieter; auch für die Nachweispflicht und Beweislast über Anerkennung als Träger der Wohlfahrtspflege ist trägt der Zwischenvermieter (BeckOK BGB/Wiederhold, 66. Ed. 1.5.2023, BGB § 549 Rn. 36)
- Was gilt nicht: Mietpreisbremse, Mieterhöhung nach Vergleichsmiete, Modernisierungsmieterhöhung, Fristen bei Kündigung, Befristung, u.a.

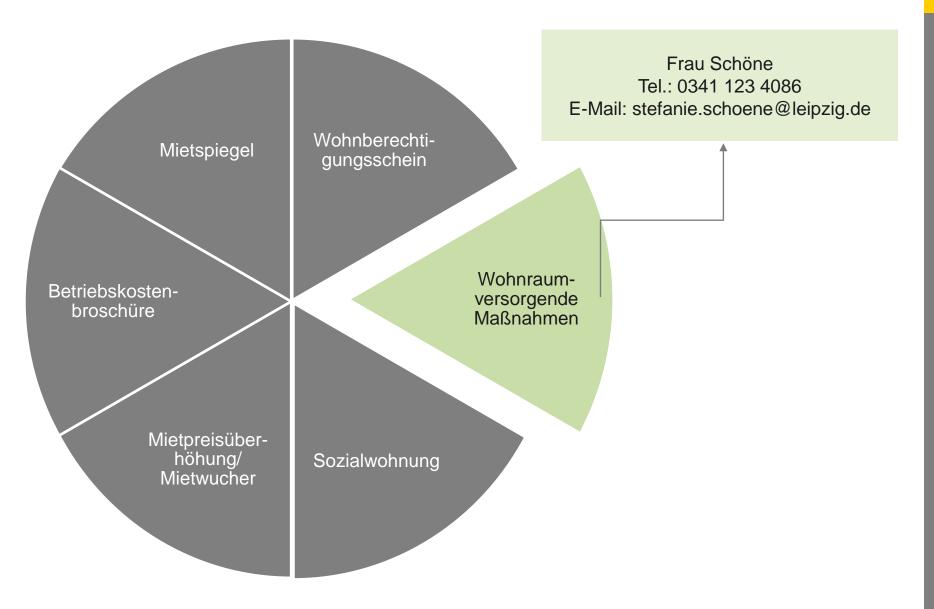
Studenten- oder Jugendwohnheime



- Reduzierter Mieterschutz § 549 Abs. 3 BGB: Mietpreisbremse,
 Mietanpassung, Kappungsgrenze, Kündigung, Befristungsgründe gelten nicht
- BGH leitet ein Rotationsprinzip ab, mit Belegungskonzept, objektiv feststellbare Begrenzung der Mietverhältnisse, nicht abgestellt auf die Lebensplanung des studentischen Mieters oder dem Belieben des Vermieters; die bloße Befristung führt nicht zu einem Rotationsprinzip, Selbstbindung durch Rechtsnormen an ein Rotationsprinzip
- Das Wohnheim muss Studenten oder Jugendlichen gewidmet sein, dabei kann es unerheblich sein, ob ein einzelner Mieter Student oder Jugendlicher ist, das Konzept des Hauses darf nicht verloren gehen.
- Unerheblich ist auch: Person des Vermieters (kein Vorteil für öffentliche Studentenwerke) sowie Miethöhe

Sachgebiet Wohnen







Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!





Stadt Leipzig

Sozialamt Abteilung Soziale Wohnhilfen

04092 Leipzig

Tel.: +49 (341) 123-9139

Fax.: +49 (341) 123-9125

www.leipzig.de

